

Pandemie und Politik II

Das Wort „Pandemie“ setzt sich aus den altgriechischen Wörtern für „ganz“, oder „alles“ und dem für „Volk“ zusammen, betrifft eben weltweit das ganze Volk. Bei einer Epidemie handelt es sich um eine örtlich begrenzt auftretende Infektionskrankheit. Welche Auswirkungen Covid 19 haben würde hätte man ungefähr erahnen können, wenn man sich im Frühjahr 2020 den Verlauf der [Spanischen Grippe](#) (1918 – 1920) angeschaut hätte. Offenbar sind diese paar Klicks aber für manche Parlamentarier und Regierenden zu viel verlangt.

Dass sich ansteckende Krankheiten vor allem durch Reisen ausbreiten ist schon seit Jahrhunderten bekannt (Pest). Die sehr viel raschere Ausbreitung von Infektionskrankheiten heute verdanken wir dem Flugverkehr, der Erreger innerhalb von Stunden um die halbe Erde verteilt. Das war schon bei HIV / AIDS so, und geschah bei Covid 19 wieder. Ein Flug von China nach Bayern brachte die Krankheit nach Deutschland. Das war auch bei einer Mutante der Fall, die durch Reisende aus Südafrika um Weihnachten 2020 importiert wurde.

Solange man keine Medikamente hatte, waren Abstand und Vermeidung von Kontakten, sowie Masken und Hygiene die einzigen Gegenmaßnahmen, die Erfolg versprachen. Dadurch dass die Grenzen geschlossen wurden und der Flugverkehr damit weitgehend zum Erliegen kam, wurde das Reisen und damit die Ausbreitung des Erregers erschwert, vielleicht sogar in vielen Fällen vermieden. Drastische Maßnahmen, wie Heimarbeit, Ausgehverbote, Verbote sich zu treffen, Verbote von Massenveranstaltungen, Kindergarten- und Schul-Schließungen halfen die Ansteckungen niedriger zu halten.

Dass all das die Menschen jeden Alters stark belastete, genauso das Sterben von Angehörigen, ist klar. Kleiner erfreulicher Nebeneffekt: Die Grippezeit im Winter 2020/21 fiel aus. Da aber zugleich auch die Begegnung mit harmloseren Erkältungsviren verringert wurde, die das Immunsystem zur Gegenwehr anregen, fehlte dieses Training für das Immunsystem, was später zu den vielen Erkrankungen bei Kindern beitrug (die lange wenig Kontakt zu ihren Altersgenossen hatten).

Dass die Pandemie auch riesige Kosten verursachte, weil der Staat, also die Gemeinschaft, Einzelne nicht im Stich lassen darf, ist auch klar, selbst wenn trotzdem Manchen nicht geholfen wurde. Da man das Virus nicht sehen, hören, riechen, schmecken oder fühlen kann, es sich also der Wahrnehmung entzieht, machte die Bekämpfung nicht leichter. Zumal eine normale menschliche Reaktion auf Bedrohungen ist, dass man zusammen rückt, sich in den Arm nimmt, tröstet, lauter Dinge, die man nun gerade nicht tun sollte, um Ansteckung zu vermeiden.

Wäre man den Forderungen der Bundeskanzlerin im Herbst 2020 gefolgt, die strengere Maßnahmen verlangte, wäre vielen Menschen viel Leid erspart geblieben. Aber leider zeigten die Ministerpräsidenten, wie man es keinesfalls machen sollte; jedem seine Extrawurst!

Dass man gemeinsam Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus beschließt und, ehe die Sessel im Konferenzsaal kalt geworden sind, schon verkündet, dass man es aber anders machen werde, das war ein schlechtes Beispiel von Föderalismus und ein Versagen der Politiker.

Dass am Anfang der Pandemie niemand genau wissen konnte, wie sie sich entwickeln würde, ist verständlich. Ärgerlich war aber, dass Manche sich weder informierten, noch den Mund hielten.

Es ist schwer abzuschätzen, ob man zu Beginn der Pandemie den Bürgern hätte sagen sollen, dass eine mehrjährige Einschränkung ihres Lebens bevor steht, oder ob das Manche zu sehr deprimiert hätte.

Sicher ist, dass das Elend halbwegs zu ertragen war, solange man es mit klaren Regeln zu tun hatte, die sich nicht alle naslang änderten. Das änderte sich, als die Politik meinte nicht etwa vorbeugend, sondern nur noch reagierend handeln zu müssen. Es gelang fast nirgends und nie dem Virus sozusagen „den Weg abzuschneiden“, was aber Aufgabe der Politik gewesen wäre.

Hinzu kam im Frühjahr 2021, dass lauter Interessenvertreter in meines Erachtens unverantwortlicher Weise forderten, dass gerade für ihre Gruppe die strengen Auflagen gemildert werden sollten. Da knickte die Politik viel zu oft ein, wie ich bereits im Frühjahr schrieb: „Öffnen, um zu schließen?“

Das Ergebnis war unter Anderem, dass die Spielregeln, die mal auf einer oder wenigen Seiten standen, immer umfangreicher wurden und sich alle paar Wochen oder Monate änderten, bis kaum jemand mehr wusste welche Regeln wo gelten. Man hoffte auf den Sommer, dass der dem Virus schon das Leben schwer machen werde, obwohl man mittlerweile wusste, dass man es mit verschiedenen Varianten eines Virus zu tun hat. Und man hoffte auf die Impfungen, die vor einem schweren Krankheitsverlauf schützen. Die außerordentlich schnelle Entwicklung von Impfstoff und dann noch von so hoher Qualität (die Grippeimpfung bietet 50-60 % Sicherheit, die Impfstoffe gegen Covid 19 bis über 90 %!), war eine großartige Leistung. Dass auch Geimpfte noch erkranken, wenn auch nicht so schwer, und das Virus weiter geben können, zeigte sich im Laufe der Zeit.

Als dann im Sommer die Sehnsucht nach Urlaub und Reisen in die Ferne oft größer war, als die Vernunft, jubilierten die Fluggesellschaften und verfrachteten neben mehr Passagieren auch wieder mehr Viren von Land zu Land. Es kam, wie nicht anders zu erwarten – und wie von Fachleuten vorher gesagt – die Zahl der Ansteckungen stieg wieder und damit auch die Belastung der Krankenhäuser und die Zahl der Toten. Das wäre weitgehend vermeidbar gewesen, da sich der Verlauf eine Pandemie ziemlich gut in Modellen berechnen lässt.

Dass Menschen nach anderthalb Jahren Pandemie ermüdet sind, sich nach Ablenkung sehnen, ist gut verständlich. Aber hier hätte die Politik die Vernunft unterstützen müssen und bremsen sollen. Es war doch klar, dass Viren durch Reisen verbreitet werden. Aber statt vorsichtig zu bleiben, wurde so getan, als ob die Pandemie bald vorbei sei. Nun haben wir die Vierte Welle!

Dabei beginnt eigentlich die Virensaison erst und der Winter wird noch lang. Dass es überhaupt zu einer vierten Welle kommen konnte, liegt auch an den veränderten Virentypen, aber eben auch daran, das zu wenige sich impfen ließen und an einem Nachlassen bei den Vorsichtsmaßnahmen.

Wie konnte man die Impfzentren und Teststationen schließen, solange die Gefahr noch nicht gebannt ist? Wie konnte man die „Nationale Notlage“ zum 25. November auslaufen lassen, ohne dass sich die Infektionszahlen drastisch gesenkt hätten. Statt dessen steigen sie rasant! Ob das als Ersatz gedachte Infektionsschutzgesetz reicht, wird man sehen. Es könnte sich auch als ein weiterer Fehler der Politik erweisen und Menschenleben kosten.

Zu den größten Fehlern der Politik gehört, dass man die Maßnahmen immer wieder ändert, so dass der Laie längst den Überblick (und vielleicht auch das Vertrauen) verloren hat. Mal sollte die Inzidenz (Zahl der gemeldeten Erkrankungen) entscheidend sein, dann andere Zahlen, mal die Kapazität der Gesundheitsämter zur Nachverfolgung der Erkrankungen, mal die Belastung der Krankenhäuser mit Covid-19-Patienten. Über alle könnte trefflich streiten. (Sie erinnern fatal an die Parteienfinanzierung, die alle paar Jahre geändert wurde, so dass Vergleiche sehr erschwert wurden, was vermutlich Absicht war.)

Ob wirklich jedes Bundesland sein eigenes Süppchen kochen muss, darf ebenfalls in Frage gestellt werden, da die Gefahr durch den Virus und seine Varianten weltweit ziemlich ähnlich ist. Schaut man sich die rasch steigenden Zahlen an, dann ist das für manche Länder keinesfalls ein Ruhmesblatt. Haben die Damen und Herren nicht beim Amtseid geschworen „Schaden vom Volke abzuwenden“? Statt dessen hat man als Betrachter und als Betroffener (die Auswirkungen der Pandemie treffen alle mehr oder minder) den Eindruck von Flickschusterei. Es fehlt eine klare Linie, die der Laie verstehen und befolgen kann.

Wenn die Politik verkündete, dass die neuen Regeln (In Ba-Wü) „ein weiterer Schritt in Richtung Normalität“ seien, ist lächerlich. Das Versprechen dass es keine erneuten Ausgangsverbote geben werde, ohne zu wissen, wie sich die Pandemie entwickeln wird, ist eine unnötige Form der Selbstkastration. Es sind schon fast 100 000 Menschen an der Pandemie in Deutschland gestorben und weltweit einige Millionen, aber es gibt immer noch Leute, die sich – obwohl sie könnten – nicht impfen lassen und so ein Risiko für sich und ihre Mitmenschen darstellen und die Belastungen für die Gesellschaft unnötig erhöhen. Dazu gehören auch die Impfgegner, die auf Demonstrationen ohne ausreichenden Schutz für die Verbreitung des Virus sorgten. Das ist eine Form von Dummheit und von fahrlässiger Körperverletzung, die eigentlich geahndet gehört.

Was auch nicht passieren dürfte ist, dass auf private Initiative (z.B. Theaterhaus) Impfangebote gemacht werden, zu denen dann so viele Menschen kommen, dass Hunderte wieder weg geschickt werden müssen. Auch fragwürdig ist, wenn Mitarbeiter aus Krankenhäusern für „Mobile Impfteams“ abgezogen werden, so dass im Krankenhaus Stationen geschlossen werden müssen. Wenn die Politik Impfzentren schließt, ehe alle Impfwilligen geimpft sind, fragt man sich, was das soll. Dass diese nun Impfwilligen mit ihrem Zögern zu den Problemen beigetragen haben, soll nicht verschwiegen werden, denn es kostet Menschenleben.

Aber auch Politiker, die ohne solides Wissen über die Wissenschaft meckern, mal zu probieren scheinen, was denn vielleicht noch helfen könnte, oder, was man den Bürgern lieber nicht zumutet, sind keine Hilfe. Es gibt zwar nicht zu allem ausreichende Daten, aber die Vorsichtsmaßnahmen, die seit Anfang der Pandemie gelten und die sich schon bei der Spanischen Grippe bewährt haben (Abstand, Maske, Hygiene) werden uns vermutlich noch mindestens ein Jahr begleiten, falls nicht Varianten des Virus das Elend noch mehr verlängern.